

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag des C. Mecklen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom) für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Nr. 3.

Neuenbürg, Donnerstag, den 4. Januar 1923.

81. Jahrgang.

Deutschland.

Stuttgart, 3. Jan. Ministerialrat Sauter, früher im Ministerium der auswärtigen Verkehrsabteilung in Stuttgart, ist vom neuen Reichspostminister zum Sparkommissar ernannt worden.

Stuttgart, 2. Jan. Die Werbungen zur Fremdenlegion nehmen überhand; jüngere Angehörige und Arbeiter sind auch abseits der Grenzgebiete dauernd der Gefahr ausgesetzt, unter irgend einem Vorwande von französischen Verberern und deren deutschen Agenten über die Westgrenze gelockt und dort der Fremdenlegion zugeführt zu werden. Der Landesverband des Deutschen Gewerkschaftsbundes wies seine Ortsverbände an, durch unablässige Aufklärung in den Mitgliedszusammenkünften, Betrieben und gewerblichen Schulen die jungen Leute und deren Eltern aufzuklären und zu warnen, damit nicht zu der allgemeinen nationalen Not noch ein weiterer Verlust an deutschen Menschen tritt.

Wiesbaden, 2. Jan. In der Silvesternacht schlugen in der Stadt die Smetz-Anhänger Plakate mit einem Aufruf an, der besonders auf die Vorteile der Frankenwährung hinwies. Als bald wurden die Plakate von der Polizei entfernt. Wie in Mainz verlautet, ist die Ausübung der rheinischen Republik für die Nacht vom 2. zum 3. Januar in Aussicht genommen. Es handelt sich hierbei wohl um einen verpönten Silvesterstreich.

Köln, 2. Jan. Das Kriegsgericht des Generalstabs der französischen Rheinarmee verurteilte den Kriminalassistenten Franz Berrich von der politischen Abteilung des Weimarer Polizeipräsidiums zu 1 1/2 Jahren Gefängnis, den Kriminaloberwachmeister Franz Schöndgen zu 2 Jahren Gefängnis wegen angeblicher Spionageverbrechen. Die Verhandlung fand unter dem Ausschusse der Öffentlichkeit statt; es ist daher nicht bekannt, auf welche Unterlagen sich die Anklage stützte. Gegen das Urteil ist Revision eingelegt worden.

Braunschweig, 2. Jan. Aus Sparamtsgründen hat der Rechtsausschuss des Braunschweigischen Landtags sich einstimmig für eine Verabfolgung der Zahl der Landtagsabgeordneten von 60 auf 48 ausgesprochen. Alle bürgerlichen Parteien und auch die sozialdemokratische Fraktion sind mit dem Vorschlag einverstanden.

Deutsche Sonderzuschläge.

Stuttgart, 2. Jan. Auf die kleine Anfrage der Abg. Groß und Gen. betr. Ausdehnung der deutschen Sonderzuschläge an staatliche Beamte und Arbeiter für besonders teure Orte, hat der Finanzminister folgende Antwort erteilt: Durch § 1 Nr. 2 des Gesetzes betr. die Festsetzung eines 4. Nachtrags zum Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1922 vom 25. Oktober 1922 ist der Reichsminister der Finanzen ermächtigt worden, mit Zustimmung des Reichsrats an Orten mit besonders schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen den Reichsbeamten deutsche Sonderzuschläge zu gewähren. Die württ. Regierung hat sich seinerzeit im Reichsrat aus grundsätzlichen Bedenken gegen diese Gesetzesbestimmung ausgesprochen, da sie hierin eine ungerechte wirtliche Minderung des mühsam zustande gekommenen Ortssonderzuschlusses erblickte, ist aber gleich mehreren anderen Ländern mit ihrer Ansicht nicht durchgedrungen. Bei den inzwischen vom Reichsfinanzministerium gemachten Aufstellungen der Orte, an denen deutsche Sonderzuschläge gewährt werden, wurde von dem Gesichtspunkt ausgegangen, daß einerseits wegen ihrer Größe und besonderen wirtschaftlichen Verhältnisse die Großstädte des Westens zu berücksichtigen seien. Württemberg hat, nachdem einmal die deutschen Sonderzuschläge eingeführt waren, alles getan, um nicht schlechter als die Nachbarländer Baden und Bayern bedacht zu werden und hat auch neuere erreicht, daß mit Wirkung vom 1. Dezember 1922 auf außer Stuttgart noch vier weitere Orte bei denen der Ausgleich durch einen Sonderzuschlag am dringendsten erwidert, nämlich Ravensburg, Kottweil, Schwemlingen und Ehlingen — Friedrichshafen hatte schon vom 1. November ab einen Sonderzuschlag erhalten —, unter die sonderzuschlagsberechtigten Orte aufgenommen wurden. Die württ. Regierung wird, wie bisher, so auch weiterhin mit allem Nachdruck für die Interessen der württ. Beamten und Arbeiter eintreten.

Die württ. Ausführungsbestimmungen zum Reichsmietengesetz. In der Neugestaltung der Ausführungsbestimmungen zum Reichsmietengesetz sind die Hundertsätze der Friedensmiete, die zur Berechnung der Grundmiete von der Friedensmiete abzugeben sind, soweit Betriebskosten und laufende und große Instandsetzungsarbeiten in Betracht kommen, nun allgemein geregelt; sie betragen mit dreifacher Abstufung für große Städte 15 Prozent, für mittlere Städte 12 Prozent, für andere Gemeinden 8 Prozent der Friedensmiete. Die Grundmiete macht hiernach in der gleichen Reihenfolge 85 Prozent, 88 Prozent und 92 Prozent der Friedensmiete aus.

Zur Festsetzung der Zuschläge für Steigerung des Aufwands auf hypothekarische Belastung ist nun auch für Württemberg ein Hundertsatz allgemein in Höhe von 40 Prozent der Grundmiete bestimmt.

Die Hundertsätze für Verwaltungskosten sind für das ganze Land unmittelbar in derselben Wskung festgesetzt: 90

Prozent der Grundmiete in großen, 280 Prozent in mittleren Städten, 250 Prozent im übrigen Land.

Stärker als diese Zuschläge fallen diejenigen für laufende und große Instandsetzungsarbeiten ins Gewicht. Mit Wirkung vom 1. Januar 1923 ist ein Mindestsatz von 1000 Prozent in dem Sinn festgesetzt, daß dieser Satz in den einzelnen Gemeinden unmittelbar gilt, solange er nicht durch eine höhere gemeinderätliche Festsetzung ersetzt wird. Die besonderen Zuschläge für Untermietverhältnisse wurden diesen Erhöhungen angepaßt. Außerdem hatte sich das Bedürfnis ergeben, eine Mieterhöhung für Geschäftsräume im weitesten Sinne zu ermöglichen.

Gegen die Erhöhung der Frachttarife.

Berlin, 3. Jan. In einer Eingabe an den Reichswirtschaftsrat weist Generaldirektor Böglers auf die Folgen der neuen Frachterhöhung der Reichsbahnen für die Wirtschaft hin. Es heißt in der Eingabe, daß die von der Eisenindustrie vorgenommene Herabsetzung der Eisenpreise um 5 Prozent, die Mitte vorigen Monats erfolgte, infolge der neuen Erhöhung der Eisenbahnfrachten wirkungslos geworden sei. Diese Erhöhung der Tarife werde eine verhängnisvolle Vertiefung der Produktionslücke mit sich bringen, daß wieder neue Erhöhungen der Eisenpreise nötig sein werden. Die weiterverarbeitende Industrie, deren Zulieferungsgüter ohnehin schlecht seien, müsse dann mit einem weiteren Rückgang ihres Beschäftigungsgrades rechnen, da sie im Inland überhaupt nicht mehr konkurrenzfähig sein werde.

Wiesbaden, 3. Jan. Der bayerische Landtag beginnt am 9. Januar seine Arbeit im neuen Jahr, und zwar wird gleich der erste Beratungsgegenstand von großer Bedeutung sein. Es handelt sich um die demokratische Interpellation über die verkehrte Tarifpolitik der Reichsverkehrsverwaltung. Es dürfte noch erinnern sein, daß im vorigen Jahr Anfang September etwa in Würzburg eine süddeutsche Einheitsfront, bestehend aus Württemberg, Baden, Hessen und Bayern gebildet wurde, die sich gegen die Tarifpolitik des Reichsverkehrsministeriums wandte, und zwar deshalb, weil bei einer ungeschafften Tarifpolitik das süddeutsche Wirtschaftsleben dem Ruin zugeführt wird, denn infolge der hohen Frachten ist das süddeutsche Wirtschaftsleben nicht mehr in der Lage, mit dem norddeutschen den Wettbewerb aufzunehmen. Im Landtag wird die demokratische Interpellation wohl auf allen Seiten Zustimmung finden.

4500 Milliarden — die Belastung der Wirtschaft durch die erhöhten Gütertarife.

Der Jahresbericht der Kaufmannschaft zu Stettin, den Kommerzienrat Dr. Manasse erstattete, weist neben allgemein bekannten Feststellungen über unsere traurige Wirtschaftslage einzelne interessante Feststellungen auf. So wird ausgerechnet, daß die 150prozentige Erhöhung der Gütertarife vom 1. Dezember und die 70prozentige Erhöhung vom 1. Januar ab die deutsche Gesamtwirtschaft mit einem Jahresmehrertrag von circa 4500 Milliarden Mark belasten. Die starke Steigerung der Postgebühren, die zum 15. Januar abermals um 100 vSt. erhöht werden sollen, haben zur Folge gehabt, daß sich vom 6. Mai 1920 bis zum 1. Oktober 1922 die Zahl der beschrifteten Postkarten im Ortsverkehr um 47 vSt., im Fernverkehr um 38 vSt., der Briefe im Ortsverkehr um 47 vSt. und dem Fernverkehr um 45 vSt. vermindert hat. Ferner wird mitgeteilt, daß sich der Stettiner Hafenverkehr auf etwa 80 vSt. des letzten Friedensjahres gesunken hat.

Zurückweisung französischer Ablehnungsversuche.

Berlin, 2. Jan. Die Agente Dabas läßt sich von ihrem diplomatischen Mitarbeiter melden, daß die dritte Macht, die das deutsche Angebot wegen der Friedensgarantien erhalten hat, dieses Angebot nicht weiter gegeben habe, weil es ihr nicht ausgiebig genug erschien. Frankreich sei deshalb gar nicht in die Lage gekommen, dieses Angebot abzulehnen. Außerdem sehe Frankreich auf dem Standpunkt, daß der Friedensvertrag, insbesondere seine Bestimmungen über den Völkerbund, bereits eine Garantie des Friedens böten. Demgegenüber wird von ausländischer Stelle betont, daß das deutsche Angebot von der dritten Macht Frankreich in offizieller Form zur Kenntnis gebracht worden ist und von Frankreich in offizieller Form abgelehnt wurde, und zwar habe Frankreich sowohl verfassungswidrliche Bedenken vorgeschützt. Was den Völkerbund anbelangt, so ist darauf hinzuweisen, daß gerade Frankreich mehrfach sich dagegen gewandt hat, daß Deutschland den Völkerbund antrat, weil es nicht Mitglied des Völkerbundes sei. Deutschland habe durch sein Angebot Frankreich eine über den Friedensvertrag hinausgehende Garantie bieten und damit endgültig das Verbot von den deutschen Revanchehoffnungen widerlegen wollen.

Zu der Rede des Reichskanzlers Dr. Cuno wird in London mitgeteilt, daß Erklärungen über die Vorschläge zum Schutze der Grenzen und zur Verhütung eines neuen Krieges in Europa der französischen Regierung vorgelegt und von dieser beschrien worden seien. Nach der „Central News“ wurde die französische Regierung von ihrem Vorkonferen in Washington davon benachrichtigt, daß der deutsche Vorkonferen eine Unterabteilung mit dem amerikanischen Staatssekretär ge-

habt habe; die deutschen Vorschläge seien aber in Paris als phantastisch angesehen worden.

Ausland.

Sensationelle Erklärungen über Oesterreich.

Der Delegierte des Völkerbundes in Wien, Monsieur Arnol, gab Erklärungen ab, die großes Aufsehen erregten, denn sie sind die denkbar eindringlichste Warnung an Oesterreich, nicht durch eigene Fahrlässigkeit das Sanierungswerk zu gefährden. Wenn auch der französische Völkerbunddelegierte die Auslandskredite gesichert hält, so gibt er andererseits unverbohlen seiner tiefen Enttäuschung über das bisherige Ergebnis der Bemühungen zur Herstellung des budgetären Gleichgewichtes Ausdruck und erklärt geradezu: „Insbesondere ist die Frage des Beamtenabbaus bisher in ganz ungenügender Weise gelöst worden. Der Abbau ist ein minimaler. Wenn es in diesem Tempo weitergeht, kann das ganze Hilfswerk ins Wasser kommen.“ Geradezu vernehmlich ist die Kritik, die Arnol an der Preispolitik in Oesterreich übt. Er bezeichnet es als unhaltbar, daß die Preise über der Weltmarktlage stehen. Man dürfe auch vor einer operation erfahrenen (Kaufkraft) nicht zurückweichen und müsse einschneidende Reformen selbst unter den schwersten Opfern für alle Beteiligten vornehmen. Bezüglich der Wirtschaftslage erklärte Arnol: „Die wirtschaftliche Krise ist keine Sonderdomäne Oesterreichs. Sie hat ganz Europa in ihren Krallen. Dieser Leidensweg, der in Oesterreich noch Monate, vielleicht ein Jahr dauern mag, muß gegangen werden. Alle volkswirtschaftlichen Länder machen ja denselben Prozeß durch. Solange die Valuta im Fallen ist, wird für den Export gearbeitet, bis die Beschäftigungslosen so ins Unermessliche steigen, daß trotz der heimischen Weltunterstützung die Konkurrenzfähigkeit aufhört. Auch für Deutschland wird dieser Zeitpunkt kommen, und Oesterreich wird dann von dieser Konkurrenz befreit sein.“

„Die Wacht am Rhein“ in Straßburg.

Lange Depeschen aus Straßburg berichten über einen „Aufsehen erregenden Vorfall“, der sich in der Umgebung Straßburgs vor einigen Tagen ereignete. Sogar Spezialberichterstatter sind mit der Untersuchung des Geschehnisses beauftragt worden. Retrunen durchzogen einen Vorort und sangen die „Wacht am Rhein“; der Trupp hatte einen Fahnen, der die deutsche Fahne trug. Nachforschungen haben ergeben, daß die deutsche Fahne von einer Frau, deren Mann im deutschen Heere kämpfte und 1917 fiel, hergegeben wurde. Die elterlichen Retrunen sangen eine Reihe deutscher patriotischer Lieder. Die politischen Folgen unterblieben, weil nach Mitteilung der Mütter, die jungen Leute aus sehr angesehenen Familien stammen. Die deutsche Fahne wurde konfisziert.

Poincaré's Ablehnung der deutschen Friedensgarantie.

Paris, 3. Jan. In einer Erklärung an die Presse nimmt Poincaré zu dem deutschen Angebot eines Friedenspaktes Stellung. Dornach soll Staatssekretär Eugéne am 18. Dezember den französischen Vorkonferen in Washington habe wissen lassen, daß der deutsche Vorkonferen ihm den Abschluß jenes Paktes vorgeschlagen habe. Eugéne sagte damals hinzu, daß, wenn der französische Vorkonferen von Paris eine ernüchternde Antwort erhalte, er den deutschen Vorkonferen bitten werde, seinen Vorschlag schriftlich abzugeben. Poincaré telegraphierte daraufhin an seinen Vorkonferen, daß der vorgeschlagene Vorkonferen ohne Zweifel ein Mandat der deutschen Regierung vor Beginn der Konferenz von Paris bedeute. Auf eine neue Anregung am 21. Dezember, die diesmal in schriftlicher Form erfolgte, antwortete Poincaré, daß dieser Vorkonferen am Vorabend der Konferenz ein großes Täuschungsmandat sei. Poincaré hat sich diesmal in seiner blinden Voreingenommenheit gegen Deutschland zu einem politischen Fehlgriff schwerster Art hinreiß lassen. Seine Kennzeichnung des deutschen Angebots als „Täuschungsmandat“ verletzt nicht nur die in ehelicher Absicht handelnde deutsche Regierung, sondern beleidigt auch Staatssekretär Eugéne, der durch seine Vermittlung sein Vertrauen zu den aufrichtigen Absichten Deutschlands bekundete und nun von Poincaré als „dupe“ hingestellt wird.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg. (Gemeinderatsitzung vom 2. Januar.) Der Vorsitzende widmet dem Gemeinderat bei seiner heutigen ersten Sitzung nach der Wahl Worte der Begrüßung und gibt einen kurzen Überblick über die Aufgaben des Gemeinderats; er spricht dabei die Hoffnung aus, daß der sachliche Boden bei den Beratungen nicht verlassen werden und nur das allgemeine Wohl die Richtschnur für die Beratungen bilden möchte. Hieran leisteten die neu eingetretenen Gemeinderatsmitglieder, die Herren Frensch und Veller, den vorgeschriebenen Eid, während die wiedergewählten Gemeinderäte auf ihren früher geleisteten Eid hingewiesen wurden. Nach einer gründlichen Aussprache zwischen der bürgerlichen und der Arbeiter-Bewegung wurde zu den Wahl en geschritten. Gewählt wurden: als ständiger Stellvertreter des Ortsvorsitzers: Gemeinderat Kübler,

Anzeigenspreis:

Die einseitige Zeitspalt ab. deren Raum i. Zeitspalt 25.-, 4. wochentlich 40.-, 8. wochentlich 70.-, 12. wochentlich 100.-, 16. wochentlich 130.-, 20. wochentlich 160.-, 24. wochentlich 190.-, 28. wochentlich 220.-, 32. wochentlich 250.-, 36. wochentlich 280.-, 40. wochentlich 310.-, 44. wochentlich 340.-, 48. wochentlich 370.-, 52. wochentlich 400.-. Bei größeren Aufträgen entsprechende Rabatte, bei im Falle des Monatsverkaufs billiger, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 4 Wochen nach Rechnungsdatum erfolgt.

Fernsprecher Nr. 4. Für telefonische Aufträge wird keinerlei Gebühr erhoben.

der militärischen Flugzeugindustrie ge- Propaganda, die von der französischen betrieb wird, zielt darauf ab, die Be- troffen Ausgaben für die Luftflotte. Hier verfolgt man diese Bestrebungen. Im Unterhause wird von liberaler die französische Regierung um Auf- übertriebene Aufstellungen zu er-

in abwartender Haltung.

„New-York Herald“ meldet aus Wash- sei völlig darauf vorbereitet gewesen. rügend die Reparationsfrage an einen ung zu überweisen, falls die Pariser in Paris zunächst abgelehnt würde. tion an, daß Zweck und Grund des s, an der Regelung der Reparations- überhanden worden seien. Aus tr- man in amtlichen amerikanischen Kreise Frankreich nach wie vor den Stand- reinigten Staaten Deutschland in die man sich in den Vereinigten Staaten stand klar zu machen, daß Amerika wie den Franzosen selbst, daß Frankreich Gerade deshalb sei man in den Vere- nigt, daß die Reparationsentscheidungen werden müßten. Nachdem sich nun die über ihren Standpunkt ausgesprochen neuen Schritte zugunsten der Konferenz Ergebnis der Pariser Verhandlungen

Die größte Auswahl in **Wagen, Klapp-Sportwagen** in einisch bis hochlein. **Wundermöbel, Ruhestühle, Koffer und Lederwaren** ebigeartete Ausführung laufen Sie billig bei **W. H. Bross, Pforzheim,** **Kerrnstrasse und Baumstrasse.**

er-Holzbohlen

(und Knüppelholzbohlen)

g laufend zu kaufen gesucht. **Holzbohlen- und Graphit- Gesellsch. m. b. H., Darmstadt.**

Die **Bank Neuenbürg a. E.**

e. G. m. b. H. **1. Januar 1923 für 6 Proz. Zins.**

mindestens **50 000 Mark**, welche Zeit fest gegeben werden, können: **Rate 7%, Rate 8%, Rate und länger 9%.**

Die **Wand-Kalender**

ede mit Jahreskalendarium, sowie **Wochen- und Tagesblat,** **am, empfiehlt solange Vorrat **Buchhandlg., Neuenbürg.** (Inb.: D. Strom.)**

Genstation **Dobel:**

Wahl- nummer	Wahl- stätte	Wahl- stätte	Wahl- stätte	Wahl- stätte	Wahl- stätte
6	27	162,5 mm	5,22 Liter	44,2 Liter	(3. Jan.)
9	22	147,1 mm	5,25 Liter	41,2 Liter	(4. Febr.)
2	13	147,2 mm	4,74 Liter	24,7 Liter	(21. März)
0	16	177,8 mm	9,26 Liter	83,4 Liter	(18. April)
1	1	71,3 mm	2,50 Liter	16,2 Liter	(5. Mai)
0	0	158,8 mm	5,22 Liter	30 Liter	(14. Juni)
0	0	179,2 mm	5,70 Liter	32,5 Liter	(20. Juli)
0	0	146,8 mm	4,70 Liter	33 Liter	(16. Aug.)
0	0	201,5 mm	6,71 Liter	41,8 Liter	(16. Sept.)
3	4	71,3 mm	2,46 Liter	21,6 Liter	(21. Okt.)
7	14	158,8 mm	5,03 Liter	27,7 Liter	(5. Nov.)
0	17	154,6 mm	4,98 Liter	30,4 Liter	(8. Dez.)
8	114	187,7 mm	5,13 Liter	63,4 Liter	(18. Dez.)



in den Ausschuss für das Elektrizitätswerk: die Gemeinderäte Keller, Kaiser, Hartmann und Finkbeiner, in den Ausschuss für Gesundheitsfragen: die Gemeinderäte Kübler, Lutz, Hartmann und Dietrich, in die Wohnungskommission: Gemeinderäte Herenbach und Finkbeiner, als Abgeordnete zur Antidoverammlung: Stadtschultheiß Knodel, Gemeinderäte Pfister, Wais, als Stellvertreter: Gemeinderäte Hartmann, Kaiser, Herenbach,

in den Ortsrat: Frau Wina Gremmer, Frau Sofie Mahler, Gemeinderäte Kübler, Feingelmann, in den Gewerbeausschuss: Gemeinderäte Herenbach, Bollmer, Feingelmann und Malermeister Mann.

Der Beratung des Tarifs für das Elektrizitätswerk für Januar lag eine eingehende Berechnung der Stadtpflege zu Grunde. Nach längerer Beratung wurde der Tarif gemäß den Anträgen des Ausschusses festgesetzt. Die Preise betragen demnach für Licht 70 Mark, für Kraft 60 Mark für die KWSt.

Stadtbauamtsleiter legt 2 Entwürfe für einen Bauungsplan der großen Wiese vor. Der Gemeinderat billigt den einen der Entwürfe, wünscht jedoch vor endgültiger Festlegung der Baulinie Zeit zu nochmaliger Überlegung. Auch sollte der Einwohnerbeweis Gelegenheit zur Einsichtnahme des Plans gegeben werden. Der Plan kann in den nächsten Tagen beim Stadtbauamt eingesehen werden.

Zu Ergänzung des Beschlusses vom 5. Dezember v. J. wird nunmehr, nachdem feststeht, daß die Lokalfrage gelöst werden kann, vom Gemeinderat beschlossen, an die Ministerialabteilung für die höheren Schulen folgende weitere Anträge zu stellen:

1. an der hiesigen Realschule zu Beginn des neuen Schuljahres zur Trennung der Klassen 1 und 2 eine weitere Stützlehrstelle zu errichten.
2. für die Erlangung der mittleren Reife auch die hiesige Realschule, nicht zuletzt auch mit Rücksicht auf die sonstigen Bezirksangehörigen und die besondere geographische Lage vorzusehen.

Der Fußballverein Neuenbürg. a. sucht um Wiedererrichtung des städt. Spielplatzes, namentlich Trockenlegung desselben, nach. Nach dem Ueberschlag des Stadtbauamts wird dies einen Aufwand von etwa 200 000 Mark erfordern. Nach dem mit dem Fußballverein geschlossenen Unterhandlungen wäre dieser zwar zu einer erheblichen Beitragleistung bereit, wünscht aber hiegegen die Zustimmung des Vorrats für die Benutzung. Nach eingehender Beratung wird vom Gemeinderat beschlossen: 1. den Spielplatz durch das Stadtbauamt auf städt. Kosten wieder in Stand setzen zu lassen unter Ablehnung eines Beitrags vom Fußballverein mit der von diesem gewünschten Versicherung, 2. zur teilweisen Deckung des Aufwands künftig von jeder Sportsabteilung, welche den Platz benutzen will, eine Gebühr zu erheben nach dem Maß der Benutzung. Diese ist noch näher festzusetzen.

Sodann kommt noch zur Beratung die Frage der Verrückung der Stadtgemeinde an den Kosten für Verteidigung hiesiger Einwohner. Der Gemeinderat war sich einst darüber, daß in manchen Fällen etwas geschehen müsse, nur über die Wege gingen die Ansichten auseinander. Ein Teil wollte das ganze Verteidigungswesen auf die Stadt übernommen haben, während der andere Teil nicht so weitgehend in die Verhältnisse des Einzelnen eingreifen wollte und die Stadterwaltung damit nicht belasten wollte. Das Ergebnis der Abstimmung war der Beschluß, den Stadtschultheißen zu ermächtigen, in jedem Einzelfall, wo seitens der Angehörigen ein Antrag gestellt wird, aus der Stadtkasse einen Beitrag zur Bezahlung der Verteidigung in einfacher Form anzunehmen; die Stadtpflege anzunehmen, diese Fälle dem Gemeinderat zur Beschlußfassung darüber vorzulegen, ob ein solcher Vorschlag ganz zurückzuführen oder zu welchem Teil nachzulassen ist.

Die Gebühr für das Fahren des Velocipeden mußte erhöht werden. Die Ausschlaggebühr beträgt künftig 200 Mark. Das Stadtbauamt wird beauftragt, die nötigen Vorbereitungen für die Bewahrung der Wildbacherstraße bis zum Ausgang des Ortsbitters zu treffen. Die Stadtpflege wird angewiesen, sämtlichen Mietern von städtischen Gebäuden mitzuteilen, daß von jetzt ab monatliche Zahlung des Mietzinses gewünscht werde und die geschuldeten Mietszinsen.

zu entrichten sei, soweit nicht noch eine andere Vereinbarung getroffen werde. Schluss der Sitzung 10 1/2 Uhr. R.

Württemberg

Stuttgart, 2. Jan. (Der Weihnachts- und Neujahrsverkehr bei der Reichsbahn.) Der Reiseverkehr war über die Feiertage, wie ja alljährlich, außerordentlich stark. An die Beamten, sowohl an den Fahrkartenschaltern wie im Fahrverkehr, wurden große Anforderungen gestellt, die sie auch restlos erfüllten. Verspätungen mußte man natürlich in Kauf nehmen. Sie hatten ihre Ursache nicht zuletzt in den stark besetzten, oft überfüllten Zügen. Eine ganze Reihe von Zügen mußten schon vor und während der Feiertage doppelt gefahren werden. So in der Richtung Frankfurt-Pfalz-Rheinland, dann nach Berlin, Friedrichshafen, Karlsruhe und München. Trotzdem die Züge doppelt fuhren, waren sie meist noch sehr stark besetzt. Während ein gewöhnlicher Werktagszug auf dem Stuttgarter Bahnhof etwa 2 Millionen Mark einbringt, wurden vom 22. bis 27. Dezember 26 700 000 Mark und vom 28. bis 31. Dezember 23 670 000 Mark gefahren, am 31. Dezember allein 8 140 000 Mark.

Stuttgart, 3. Jan. (Krankliche Versorgung des notleidenden Mittelstands.) Zahlreiche Kleinrentner und Mittelstandsbekleidete, die keiner Krankenkasse angehören, sind heute nicht mehr in der Lage, ärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen, weil ihnen die Mittel zur Bezahlung der Arztrechnung fehlen. Dies geschieht nicht nur den betreffenden Personen zum Schaden, wenn sie nicht rechtzeitig den Arzt aufsuchen, sondern auch der Allgemeinheit, die ein Interesse daran hat, daß die beginnende Erkrankung sofort behandelt und dem Ausbruch von schweren Erkrankungen, sowie der Ansteckungsgefahr vorgebeugt wird. Um nun diesen notleidenden Kreisen die Inanspruchnahme des Arztes wieder zu ermöglichen, hat die Zentralleitung für Wohltätigkeit in Württemberg mit dem Württ. Ärzteverband eine Vereinbarung dahin getroffen, daß die seit September in Stuttgart bestehende Einrichtung der verwilligten ärztlichen Versorgung der Kleinrentner und Mittelständler, die sich gut bewährt hat, mit Wirkung vom 1. Januar 1923 ab auf das ganze Land übertragen wird. Die Mitglieder des Württ. Ärzteverbandes übernehmen die Behandlung derjenigen Kleinrentner und Mittelstandsbekleideten, die unter die Kleinrentnersicherung oder Mittelstandsbekleidete fallen und mit einem entsprechenden Ausweis versehen sind. Die Bezahlung der ärztlichen Leistungen erfolgt nach den Mindesthöfen der staatlichen Gebührenordnung zuzüglich der jeweiligen Zuzahlungszuschläge. An den Kosten haben die Kleinrentner- und Mittelstandsbekleideten ein Drittel zu tragen, während die Kleinrentnersicherung und Mittelstandsbekleidete zwei Drittel übernehmen. Die Rechnungen werden von den Ärzten an die Geschäftsstellen der Kleinrentnersicherung und Mittelstandsbekleideten überhandelt, welche sie nach Prüfung durch den Vertrauensarzt begleichen und beim Rentner oder Mittelständler das von diesem zu tragende Drittel der Kosten zum Einzug bringen.

Stuttgart, 3. Jan. (Rot der Presse.) Das württ. Schulwochenblatt, die seit 13 Jahren von Schulrat A. D. Schmitz in Bad Boll geleitete und in der Chr. Weller'schen Verlagsbuchhandlung Stuttgart erscheinende bekannte Zeitschrift, hat nach 74jährigem Bestehen mit Ende des Jahres sein Erscheinen einstellen müssen.

Heilbronn, 3. Jan. (Gut abgekauft.) Der junge Vortisch, der an Silber mit einem Rückenband von Rordheim nach Döhringen fuhr, konnte dank seiner Schwimmfertigkeit das Ufer noch erreichen, ist also nicht ertrunken.

Kulmbach, 3. Jan. (Was alles gelöhnt wird.) Raubt wurden an verschiedenen Orten die Schachtel der Wasserleitung gelöhnt. Welche Folgen eine derartige Gemeinheitschädigung haben können, läßt sich leicht vorstellen. An verschiedenen Stellen wurden auch Schuppsen entwendet.

Reuler O. A. Ellwangen, 3. Jan. (Grober Unfug.) In der Silvesternacht wurde in unserem Ort mit Dynamitpatronen geschossen. Die Detonation war jedesmal fürchterlich. Wie durch ein Wunder ist kein Menschenleben zu beklagen. Dagegen wurden verschiedene Fenster zertrümmert und bei dem Kaufmann Ernstchen Haus ein Schaulustiger zertrümmert. Der Schaden soll über 100 000 Mark betragen.

Baden

Konstanz, 2. Jan. Der 16jährige Konrad Weber hat im August ein 12jähriges Mädchen in einem Wald bei Radolfzell

ertränkt. Als das Kind um Hilfe schrie, würgte er es, bis es bewusstlos wurde. Um seine Tat zu verdecken, schleppte er das Kind in ein Dickicht und versuchte es durch Tritte auf den Kopf zu töten. Blutüberströmt lag er sein Opfer liegen und ging ruhig nach Hause. Das Kind kam wieder zu sich. Er hatte am Körper sieben schwere Verletzungen und ist im Gefängnis zeit lebens verurteilt. Die Strafkammer in Konstanz verurteilte den jugendlichen Verbrecher zu 6 Jahren Gefängnis.

Konstanz, 3. Jan. Einen schweren Reinsfall erlitt ein Konstanzener Handwerksmeister, der einem befreundeten Schweizer einen Gefälligkeitsdienst erweisen wollte. Er nahm einen Herren- und einen Damenmantel über die Grenze, passierte ungehindert, wurde aber bei seiner Rückkehr erwischt. Deutschseits wurde er mit 2 Millionen Mark bestraft und Schweizerseits mit 200 Franken.

Vörsch, 2. Jan. An der Neujahrsnacht erschloß im Verlauf eines Wortwechsels ein Fabrikarbeiter in Vörsch-Stritten, Vater von sieben Kindern, den Mutterpolier Conti, Vater von neun Kindern. Die beiden Familien lebten schon seit Jahr und Tag miteinander in Streit.

Weinheim, 2. Jan. In den in Baden und Hessen gelegenen Orten Dornbach, Landenbach, Bienenheim, Deypenheim usw. genießen die Ortsbürger große Almosen. In einzelnen dieser Orte erhalten sie alljährlich mehrere Stere Brennholz, zwei bis drei Morgen Weizen und zwei bis fünf je teilweise noch mehr Morgen Ackergelände zur freien Benutzung. Eine Zeitung stellt nun folgende Rechnung auf: Da in letzter Zeit allerorts die Reden nur gegen Ablieferung von Weizen verpackt werden, der Zentner Weizen aber zur Zeit 15 000 Mark wert ist und die Verbücker schon für einen Morgen 3 bis 4 Zentner Markt bekommen, so erzielen viele Ortsbürger, darunter solche, die bisher ganz arm waren, von ihren Redern weit mehr als die Zinsen von einer Million.

Vermischtes

Die grande nation. Zwei Tage vor Weihnachten sind drei ehemalige elbische Altpfänder, eine Frau und zwei Männer, von nahezu 80 Jahren, von den Franzosen ausgewiesen und über die Rheinbrücke bei Neuenburg geschickt worden. Sie wurden im Spital von Neuenburg aufgenommen.

San der Altkauer Butter- und Käsefabrik. Veranlaßt durch die seit längerer Zeit gegen die Altkauer Butter- und Käsefabrik gerichteten Angriffe, hat die bayerische Regierung jetzt einen Sachverständigen zum Studium der Preisnotierungen der Wache nach Kempten beordert.

Kriegerdenkmal für Oberammergau. Die Gemeinde Oberammergau verwendet von den Erträgen aus den Passionsspielen fünf Millionen zur Errichtung eines Kriegerdenkmal und schreibt dafür einen Wettbewerb für alle deutschen Künstler aus.

Der neue Zuckerpreis. Nach einer Berliner Meldung ist auf Grund einer Verordnung der Zuckerindustrie mit den amtlichen Stellen damit zu rechnen, daß der Kleinhandelspreis für Zucker im Januar auf 270 Mark für das Pfund erhöht werden wird.

Der Fiedhof der Posten. — Genie für Stimm. Das Organ der Bodensprecher, die „Deutsche Warte“, wird ab Januar im Verlage des Tag erscheinen, nachdem schon die letzten Nummern in den Räumen der „D. W. Z.“ hergestellt worden waren. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die „Deutsche Warte“ in ihrer neuen Gestalt das bisherige Bodensprecher-Programm nicht mehr verfehlen wird.

Wo sie Geld haben. Neue Posthilfsstellen erhalten sämtliche Postämter, Telegraphen- und Fernsprechkammern. Es sind folgende neue überschüssige Stellen, 660—450 Millimeter, für die Postagenturen 500—350 Millimeter. Die Schilder zeigen den neuen schwarzen Reichsadler mit rotem Schwanz, roten Ärmeln, grauem Auge und grauer Schwingenabtau auf weißem Grunde. Die Hilfsstellen bekommen ein Schild ohne Adler, 550—180 Millimeter groß, es enthält nur in schwarzer Schrift das Wort Posthilfsstelle oder Telegraphenhilfsstelle auf gelbem Grunde. Die Schilder haben keinen Holzrahmen. — Erhöhen wir doch noch ein bißchen die Postgebühren, damit das Geld dazu einfließt.

Ein demontrierter Sammelfriedhof. Vor den Toren der Stadt Straßburg wird ein großer Friedhof angelegt werden, auf dem sämtliche in Deutschland in der Gefangenschaft oder sonst verstorbenen französischen Soldaten beigesetzt werden sollen. Es sind bereits mehrere hundert Gräber ausgemessen, in denen die Särge aufgenommen werden sollen.

Der Kanaltunnel endgültig. Infolge der Stellungnahme des Tunnels unter dem Kanaltunnel von einer englischen Baugesellschaft getragen wurde, er halte diese Frage für

Handel

Stuttgart, 3. Jan. Markt am Vieh- und Schlachthaus. 6 Bullen, 24 Jungbullen, 118 Schweine, 32 Schweine. Alle je 1 Zentner Lebendgewicht. 2. 30 000—39 000, Bullen bis 35 000, Jungbullen 41 000, 3. 30 000—38 000, 25 000—31 000, 3. 17 000, 63 000, 2. 57 000—59 000, 2. 62 500—65 000 Mark, geringe Zufuhr.

Schweinemärkte. Der 485 Milchschweine zugeführt 16 000 bis 20 000 Mark, 16 das Stück. — Dem Schaf zugeführt: 37 Milch- und 100 Schweine war der höchste Preis, Läufer kosteten 34 000 Mark, 2. 30 000, 3. 20 000 bis 27 000 Mark, 200 000 bis 270 000 Mark, 200 000 bis 270 000 Mark, 200 000 bis 270 000 Mark, 200 000 bis 270 000 Mark.

Stuttgart, 3. Jan. (Hr.) haben folgende Klein-Staatsministerien bereit, die gebildeten und Unterhaltungsbedürftigen Wege zu überlassen? Stuttgart, 3. Jan. Minister Dr. Heinge im Anschluß auch mit der württ. Regierung. Stuttgart, 3. Jan. Ortspolizei in den Stadteigenen Eßlingen und Friedrichshafen übernommen. Das bisherige des Wucheramts und des Stadtdirektion Stuttgart, rüfungsbild, sind in den gegangen. Ebenso sind die Stadtpolizeidirektor der gekommen. Das staatliche Amtsbezeichnung Württ. P. staatlichen Polizeiamt zu Eßlingen und Friedrichshafen direktions R. In Stuttgart zur Vermeidung von Verläufen beizufügen, also j. V. Landespolizeiamt, bisher Stadtdirektion Stuttgart.

Stuttgart, 3. Jan. Wirtschaftsjahre Arthur D. beim Arbeitsministerium in Regierungsrat ernannt zu werden. — Der Stadtrat soll Mitte Januar 1923 ab bei fortschreitender Abnahme nahmen zum 1. April 1923.

Berlin, 3. Jan. Zu dem tönleutnant Erhardt erhoben Verleuten zum Weined m. Mitteilungen: Erhardt hat v. München unter seinem Bild w. solche Angaben über sich sel. Pohlenlohe, bei der er in Sta. verleben gelacht, seine Angab. kräftigen. Das Verfahren w. zum Weined wird als in bündelrei begangen vor dem der Republik verhandelt wer. Presse fordert, daß auch Lube. Verhör gezogen werde, da nach ner Post" General Ludendorff hards empfangen habe, währ. von Nationalsozialisten gesche. Berlin, 3. Jan. Die 16. tags wird nach neuen Dispo. 16. Januar dieses Jahres eintreten, die eine frühere & forderlich machen, so wird be. berufen. — Die nächste Situn. am 18. Januar statt. Es ha. des deutschösterreichischen Schu. Reihe von Auflösungsbestim. Ministerien u. a. von Thürin. Braunschweig ergangen sind.

Berlin, 3. Jan. Der 3. Markthallen hat eine außerord. insofar, als das Mittelstandes. Falle eines Scheiterns aller Ver. und Bäcker Berlins auffordern. schließen. Der Polizeipräsident in Verbindung gesetzt, um eine. leiten. Er wird sich morgen. in demselben Sinne wenden. sich bereits Lebensmittelpreise. Preise bemerkbar.

22 Im Hause des Kommerzienrates.

Noman von E. Worlit.

Das konnte doch unmöglich die Tante Diakonns sein! Nach Floras eben geübter, mit beiderer Ironie getränkter Schilderung hatte sie Käthe ein kleines, geübtes, wenn auch immer noch solches Hausmütterchen mit schlingenschwänzten Händen gebracht, das, zwischen Pflanzens und Töpfen und Einmachgläsern grau geworden, nichts Liebeses tat, als Plannaschen baden — das Bild war unvereinbar mit dieser Dame, deren kleines, allerdings stilles Gesicht so zartlich und edel, mit so milden, löblichen Augen aus dem weichen Spitzentuch sah, das sie über das noch sehr reiche, schblonde Haar geknüpft hatte.

Käthe wurde immer besagener und sammelte, an den Fuß der Tante tretend, eine herkömmliche Entschuldigung. „Ich habe als Kind hier gespielt, und bin vor einigen Tagen aus Dresden zurückgekehrt und — das ist meine Schwester“, sagte sie, auf das Bild zielend, hastig hinzu, und dann trat sie in ein frisches, helles Lachen aus und schüttelte den Kopf über sich selbst und die naive, ungeschickte Art der Einführung, zu der sie in ihrer Verlegenheit gezwungen.

Und die Dame lachte auch. Sie legte das Bild auf den Tisch, und die Stufen herabsteigend, kredenzte sie dem jungen Mädchen beide Hände entgegen. „Dann sind Sie Fräulein Käthe Schwägerin.“ Ein leiser Schatzen lag über ihr Gesicht. „Ich habe nicht gewußt, daß Besuch in der Villa Baumgarten eingeleitet ist.“ sagte sie mit einem kaum hörbaren Anflug von Bitterkeit hinzu.

In diesem Augenblick sah auch ein Wollenshatten über Käthens Seele hin — war sie denn so ein Horchisch, ein soch verholdenes, nicht mittelständes Glied der Familie Mangob, daß Doktor Brand es nicht der Mühe wert gefunden hätte, seine Begegnung mit ihr zu erwähnen? . . . Sie blickte auf die Lippen und folgte schweigend der einladenden Handbewegung der Dame, die ihr vorausging und eine Tasse in dem weiten Hause

lux steine. Die kranke Frau war noch so gnäsig in jeder Bewegung.

„Das ist mein Stübchen, meine Heimat bis ans Ende“, sagte sie mit einer herzensreudigen, gleichsam ausatmenden Betonung, als sei sie bis zu diesem Rauborte mit milden Hüben in der Irre gewandert. „Ehe mein Mann als Diakonns in die Stadt versetzt wurde, lebten wir in einer kleinen Parzelle auf dem Lande. Es ging uns sehr knapp, aber es war doch die schönste Zeit meines Lebens. . . Die häßliche Luft und das Geruch der Stadt haben meinem Neckenleben nicht gut getan; meine stille Sehnsucht nach grüner Einsamkeit wurde nahezu krankhaft. Ich habe das nie ausgesprochen, und doch hat der Doktor heimlich geloggt und gepart, und vor einigen Tagen wußte er mich hierher in das Haus, das er wenige Stunden zuvor für sich erkanden hatte.“ Bei den letzten Worten sang ihre Stimme verflüchelt und tiefbewegt. Sie war also doch die Tante, und ihren Namen nannte sie stolz „den Doktor“. Und jetzt lächelte sie anmutig. „Ein wahres Schicksal ist's, nicht wahr?“ fragte sie zutraulich.

Käthe hatte längst mit Altem Behagen die ganze Einrichtung überflogen. Die dunkelgewordenen Mahagonimöbel pahten sich zu der gelben Ledertapete. Die Goldstiche in der Glasschale und der Singvogel im Messingkäfig, diese Pfinglinge einlamer Frauen, lehten auch hier nicht; auf den Fenstersimlen blühten Frühlingsschalen, buntschalige Spanginthen und die träumerisch gefaltenen Häupter der weißen Narisse — das Käthelichen aber hand in einer förmlichen Nische von Vorberlaud.

„Meine Köpflinge — ich hab' sie fast vom Samenloren an erzogen“, sagte die Tante, dem bewundernden Blick des jungen Mädchens folgend. „Die schönsten und liebsten habe ich selbstverköndlich dem Doktor im Zimmer gestellt.“ Sie schob die angelehnte Tür des Nebenzimmers zurück und führte Käthe hinein. „Selbstverköndlich!“ wie das klang! So weiblich demütig, so mütterlich liebend und — verliebend. . . Sie hatte ihm selbstverköndlich auch das schönste Zimmer im Hause auszu-

sucht, das Wohnzimmer, an dessen stillig gelegenen Fenstern der Blick vordringste. Aber den breiten Wasserresten hinaus tat sie eine der hübschesten Partpartien auf, und fern, hinter Lindenwipfeln, glänzte bläulich das Schieferdach der Villa. . . Käthe schloß plötzlich ihre Wangen in heiser Scham brennen; hier bot zärtliche Hülsorg alles auf, dem Mann verschleht das Gähne, das Gähneste nahe zu rücken, und dort drüben kann ihre treulose Schwester Tag und Nacht darauf, ihn aus keinem Himmel zu stoßen.

Ob die warmberzige, zartempfindende Frau, die da neben ihr stand, es wohl ahnte oder vielleicht auch nur instinktmäßig fühlte, daß über kurz oder lang ein unabwendbares Zeit, wie es ihn schwerer nicht treffen konnte, über ihren Kleidung hereinbrechen werde? . . . Sie zeigte nach der leeren Spiegelwand über dem Schreibtisch und sagte anfangen: „Ich bin noch nicht fertig mit der Einrichtung — da fehlt noch die Photographie der Frau und das Delbild seiner Mutter, meiner lieben, verstorbenen Schwester.“

Sonst fehlte nichts mehr in dem unbedeckten anheimelnden Zimmer. Der Doktor, der heute mit dem Abendzuge zurückkehren sollte, hatte keine Ahnung, daß er die Tante nicht mehr in der Stadt finden werde. Sie hatte ihm den Umgangstrudel ersparen wollen, und der Kommerzienrat war, wie sie sagte, so sehr zuverkommen gewesen, ihr zu diesem Zweck das Haus sofort zu übergeben.

Während dieser Mitteilungen schloß die Frau Diakonns ein Wandstühlchen neben dem Bücherstisch auf und nahm einen Zettel mit Prophetenlachen heraus. Mit einer anmutigen Gedächte hielt sie dem jungen Mädchen das einfache Gebäl hin. „Es ist ganz frisch — ich hab' es heute, trotz aller Umzugsarbeit, gebekken. Der Doktor braucht immer dergleichen für seine widerbaartige Patienten. . . Wein aber kann ich Ihnen nicht anbieten; die wenigen Flaschen, auf die wir hatten, habe ich in der Stadt gelassen; sie gehören den Schwemkranen.“

(Fortsetzung folgt.)



um Hilfe schickte, wachte er es, bis er seine Tat zu verdecken, schließlich er das verübte durch Dritte auf den Täter über sein Opfer liegen um.
Das Kind kam wieder zu sich. Er schwere Verletzungen und ist im Geleit. Die Strafkammer in Konstanz verurteilt den Verbrecher zu 6 Jahren Gefängnis.
Einen schweren Meiselfall erlitt ein eiserer, der einem befreundeten Schwachen erweisen wollte. Er nahm einen Meiselmantel über die Ohren, passierte bei seiner Rückkehr erwischte. Drei Millionen Mark bestraft und schwebte an.
In der Neujahrnacht erschoss im Verein Fabrikarbeiter in Lörzau-Stetten, den Mannreißer Gontz, Vater von zwei Familien lebten schon seit Jahr und Tag.

Bermischtes.

Zwei Tage vor Weihnachten sind die Kitzfräulein, eine Frau und zwei Kinder, von den Franzosen angegriffen bei Neuenburg geschäftlich von dem Hospital von Neuenburg aufgenommen.
Butter- und Käsebeste. Veranlaßt durch die Allgäuer Butter- und Käsebeste, hat die bayerische Sachverständigen zum Studium der Beste nach Kempten beordert.
Oberammergau. Die Gemeinde Oberammergau hat die Erlaubnis erhalten zur Errichtung eines Kriegerdenkmals zum Wettbewerb für alle deutschen Künstler.
Nach einer Berliner Meldung ist die Ordnung der Industrie mit den 20 Jahren, daß der Kleinhandelspreis auf 270 Mark für das Pfund erhöht.

Perle für Stinns.

Das mex. die Deutsche Warte, wird ab dem 1. Tag erscheinen, nachdem schon die in München der „D. W. B.“ hergestellt um keinem Zweifel unterliegen, daß die neue Gestalt das bisherige Wodent mehr verfeinert wird.
Neue Postkartenbilder erhalten die Kaiser- und Fernsprechart. Die kleinste Größe, 600x450 Millimeter, die größte 800x300 Millimeter. Die Bilder zeigen Reichsadler mit rotem Schmel, Krone und grüner Schwingenkrone auf die Hiltshellen bekommen ein Schilde Millimeter groß, es enthält nur in Wort Posthiltshelle oder Telegraphen. Die Bilder haben einen Wert von zwei bis fünf Pfennig die Postwert dazu einfließen.

Sammlerfriedhof.

Vor den Toren der Stadt ein großer Friedhof angelegt werden, Deutschland in der Gefangenschaft oder in hundert Graber ausgeworfen, in denen werden sollen.
In den besten still gelegenen Fenstern der Häuser den dreiten Hofrestellen hinaus setzen Parkpartien auf, und fern, hinter die Gärten das Schieferdach der Villa... Ihre Wangen in heller Scham brennen, stürzte alles auf, dem Mann verflochten lebte nahe zu sitzen, und dort tränen umflosser Tag und Nacht darauf, ihn aus den Fenstern.
In dem unbeschreiblich anheimelnden der heute mit dem Abendzug zurückkehren, daß er die Tante nicht mehr in dem. Sie hatte ihm den Umarmungsbeispiel er Kommerziant war, wie sie sagte, so wies sie, ihr zu diesem Zwecke das Haus

Handel und Verkehr.

Stuttgart, 3. Jan. Dem am Mittwoch abgehaltenen Markt am Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 13 Ochsen, 6 Bullen, 24 Jungbullen, 35 Jungkühe, 24 Kühe, 72 Kälber, 32 Schweine. Alles wurde verkauft. Erlös aus je 1 Zentner Lebendgewicht: Ochsen 1. 42000-45000, 2. 30000-39000, Bullen 1. 37500-40000, 2. 32000 bis 35000, Jungbullen 1. 43000-46000, 2. 38000 bis 41000, 3. 30000-36000, Kühe 1. 32000-36000, 2. 25000-31000, 3. 17000-23000, Kälber 1. 80000 bis 83000, 2. 57000-59000, Schweine 1. 65000-69000, 2. 62500-65000 Mark. Verkauf des Marktes: abnorm geringe Zufuhr.

Schweinemärkte.

Dem Markt in Niedlingen waren 485 Milchschweine zugeführt und 4 Käfer. Ersterer kosteten 16000 bis 20000 Mark, letztere 34000-40000 Mark, je das Stück. — Dem Schweinemarkt in Neutlingen waren zugeführt: 37 Milch- und 4 Käferschweine. Bei Milchschweinen war der höchste Preis 25000, der niedrigste 14000 Mark, Käfer kosteten 34000-39700 Mark.
Vorzugspreis, 2. Jan. (Pferde- und Viehmarkt) Zugestrichen waren 82 Pferde, darunter ein Fohlen. Es wurden folgende Preise bezahlt: Schwere Pferde 1000000 bis 1500000 Mark, mittlere 500000 bis 750000 Mark, für leichte Pferde 200000 bis 270000 Mark das Stück. Der Handel war lebhaft. — Auf den Markt waren zugestrichen 37 Stück Großvieh und ein Kalb. Die Preise waren folgende: Kühe mit trächtige Kälbinnen bis 500000 Mark, Kinder 200000 bis 270000 Mark das Stück. Der Handel war mäßig.

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 3. Jan. Die Abgg. Dr. Schermann-Pollack (Jr.) haben folgende kleine Anfrage eingebracht: Ist das Staatsministerium bereit, die Regelung der Frage der Selbstgebiets- und Unterhaltungsverträge in tunlichster Weise auf gezieltem Wege zu fördern?
Stuttgart, 3. Jan. Wie wir hören, wird Reichsjustizminister Dr. Feine im Anschluss an seinen Besuch in München auch mit der würt. Regierung eine Besprechung haben.
Stuttgart, 3. Jan. Am 1. Januar 1923 wurde die Ordnung der Stadtgemeinden Stuttgart, Ulm, Heilbronn, Esslingen und Friedrichshafen in die Verwaltung des Staats übernommen. Das bisherige Landespolizeiamt, einschließlich des Wachregiments und des Grenzamts Friedrichshafen, sowie die Stadtdirektion Stuttgart, soweit sie nicht das Verzeichnisamt bildet, sind in den neuen Behördenaufbau übergegangen. Ebenso sind die Stadt- Polizeidirektion Stuttgart und die Stadtpolizeiamter der genannten Städte in Wegfall gekommen. Das staatliche Polizeiamt Stuttgart führt die Amtsbezeichnung „Würt. Polizeipräsidium Stuttgart“, die staatlichen Polizeiamter für die Städte Ulm, Heilbronn, Esslingen und Friedrichshafen benennen sich „Würt. Polizeidirektion N.“ In Stuttgart ist jedoch bis auf Weiteres zur Vermeidung von Verwirrungen das bisherige Amt in Klammer beizubehalten, also z. B. „Würt. Polizeipräsidium (bisher Landespolizeiamt, bisher Stadtdirektion, bisher Stadt- Polizeidirektion) Stuttgart“.

Vorzugspreis, 3. Jan.

Der hier anlässlich früherer Gewerkschaftsführer Arthur Dietrich, seitdem als Hilfsreferent beim Arbeitsministerium in Karlsruhe beschäftigt, ist zum Regierungsrat ernannt und gleichzeitig etatsmäßig angestellt worden. — Der Stadtrat beschloß: Der Straßenbahnbetrieb soll Mitte Januar 1923 auf die Hälfte eingeschränkt und bei fortschreitender Abnahme des Verkehrs und der Einnahmen zum 1. April 1923 gänzlich eingestellt werden.
Berlin, 3. Jan. Zu der Ausdehnung der gegen Kapitalgehalt erhobenen Anlage auf Meinel und Verteilung zum Meinel macht der „Vorwärts“ folgende Mitteilungen: Erhardt hat vor dem Untersuchungsrichter in München unter seinem Eid und unter dem Namen Eschwege falsche Angaben über sich selbst gemacht und eine Fürstin Hohenlohe, bei der er in Starnberg gewohnt haben soll, zu verleiten gesucht, seine Angaben unter ihrem Eid zu bekräftigen. Das Verfahren wegen Meineid und Verteilung zum Meinel wird als in Tateinheit mit seiner Geheimhandlung bezogen vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik verhandelt werden. Die sozialdemokratische Presse fordert, daß auch Lubendoff in Leipzig öffentlich ins Verhör gezogen werde, da nach der Behauptung der „Münchener Post“ General Lubendorf wiederholt den Besuch Erhardts empfungen habe, während die Villa des Generals von Nationalsozialisten gesichert worden sei.
Berlin, 3. Jan. Die nächste Vollziehung des Reichstags wird nach neuen Dispositionen voraussichtlich erst am 16. Januar dieses Jahres stattfinden. Sollten Ereignisse eintreten, die eine frühere Einberufung des Reichstags erforderlich machen, so wird der Reichstagspräsident ihn einberufen. — Die nächste Sitzung des Staatsgerichtshofes findet am 18. Januar statt. Es handelt sich um die Beschwerde des deutschösterreichischen Schuh- und Truhbundes gegen eine Reihe von Auflösungsbestimmungen, die von mehreren Ministerien u. a. von Thüringen, Hessen, Hamburg und Braunschweig ergangen sind.
Berlin, 3. Jan. Der Händlertitel in den Berliner Markthallen hat eine außerordentliche Verschärfung erfahren insofern, als das Mittelstandsartel erklärt hat, daß es im Falle eines Scheiterns aller Verhandlungen sämtliche Schlächter und Bäcker Berlins auffordern will, sich dem Streik anzuschließen. Der Polizeipräsident hat sich mit dem Magistrat in Verbindung gesetzt, um eine Vermittlung in die Wege zu leiten. Er wird sich morgen an den Reichsverkehrsminister in demselben Sinne wenden. In der Reichshauptstadt macht sich bereits Lebensmittelknappheit und ein Anschwellen der Preise bemerkbar.

Der Kanaltunnel endgültig abgetan. Auf eine Unterbauforderung über die Stellung der britischen Regierung zum Bau des Tunnels unter dem Kerimkanal, dessen gesamte Kosten angeblich von einer englischen und einer französischen Eisenbahngesellschaft getragen werden sollten, antwortete Bonar Law, er halte diese Frage für endgültig abgetan.

Paris, 3. Jan. Die Pariser Morgenblätter spiegeln die allgemeine Enttäuschung wieder, die der gestern von Bonar Law übermittelte Reparationsplan hervorgerufen hat. Der „Petit Parisien“ sagt: Unter dem Vorwand, alles erreichen zu wollen, habe sich England den Anschein gegeben, die Decke an sich zu ziehen. Von der Diskussion der schwierigen Frage der neuen deutschen Reparationen müßte die viel eiligeren Frage der wirtschaftlichen Pfandnahme abgetrennt und die der Maßnahmen diskutiert werden, der Maßnahmen die ergriffen werden sollen, um eine finanzielle Ordnung in Deutschland herzustellen. Nach dieser Richtung sei es die Ansicht der Mehrheit der Alliierten, daß die von Poincare formulierten Vorschläge der Konferenz den Ausgangspunkt lieferten, den sie suche. — Der „Matin“ spricht von einem Widerspruch, der sich gestern zwischen der französischen und der englischen Reparationspolitik gezeigt habe. Das Blatt stellt die Frage, ob das zur Folge habe, daß die Wege Frankreichs und Englands sich nun in allen anderen Angelegenheiten von einander trennen würden. — „Das Journal Industrielle“ fragt: Werden wir uns bläseln lassen? Die Debatte über die Grundlagen der englischen Projekte ist ausgeschlossen. Bedeutet dies, daß man an einen Abbruch der Konferenz und vielleicht an eine Krisis der Entente denken muß? Das heißt ein wenig zu heftig vorgegangen. Es sind auch noch die Italiener und Belgier da, die nicht weniger Gründe haben als wir, sich nicht von den englischen Plänen erdrücken zu lassen.

Paris, 3. Jan. Die französische Delegation hat gestern den alliierten Delegationen ein sehr langes Dokument überreicht, in dem sie sich über die deutschen Verhaftungen bei den Sachlieferungen ausspricht. Es werden hauptsächlich besprochen die Holzlieferungen und die Lieferung von Kohlen und Plastersteinen. Außerdem beschäftigt sich ein besonderes Kapitel mit der Lieferung von Stickstoffdüngemitteln.

Paris, 3. Jan. Es verlautet, daß sich die Konferenz einstimmig dahin entschieden hat, einen mündlichen Vortrag des deutschen Staatssekretärs Bergmann nicht zuzulassen. Es wurde jedoch der Bereitwilligkeit Ausdruck gegeben, schriftliche Vorschläge von der Reichsregierung einer sorgfältigen Prüfung zu unterziehen.
London, 3. Jan. Die „Daily Mail“ meldet aus Paris, die britische Delegation sei gestern abend offiziell darauf aufmerksam gemacht worden, daß Poincare nicht in der Lage sei, den englischen Plan auch nur als Grundlage zur Erörterung anzunehmen. Die Lage sei ernst und verzweifelt. Auf der Zusammenkunft der Delegation würde erzwungen, ob der französische Plan durch Änderungen für die britische Regierung annehmbar gemacht werden könnte.
London, 3. Jan. Wie dem Reuturbureau aus Paris gemeldet wird, hat das französische Kabinett den britischen Vorschlag endgültig verworfen.
Konstantinopel, 3. Jan. In femalistischen Kreisen erklärt man, daß man sich auf einen Abbruch der Lausanner Konferenz gefaßt machen müsse. Man betont, daß sich die Türkei auf keine neue Konferenz einlassen würde, da die türkische öffentliche Meinung empört sei über die jetzige Verschleppung der Verhandlungen in Lausanne. Der von Hassan Bey, der sich von Lausanne nach Angora begeben hat, Mustapha Kemal erstattete Bericht wird als nicht vielversprechend angesehen. Die maßgebenden Kreise Angoras seien pessimistischer als je zuvor.

Die Pariser Abendpresse über das Ende der Entente.

Paris, 3. Jan. Der „Temps“ schreibt in seinem heutigen Beiratsartikel in Bekräftigung des englischen Reparationsplanes, jetzt jede man klar. Das ganze politische Leben werde weit in eine ferne Zukunft hinein von den drei gestern der Pariser Konferenz vorgelegten Entwürfen beleuchtet. Das Blatt gibt eine ausführliche kritische Analyse des englischen Entwurfs und sagt, die englische Reparationspolitik habe den Kabinettswechsel heiß überhanden. Wie könne man annehmen, daß sie sich auf ein einzelnes ministerielles Departement, das Schachamt, beschränke? Wenn die englische Regierung ein Projekt einbringe, das in vier Jahren ein ruinertes Frankreich und ein wieder-aufgerichtetes Deutschland gegenüberstellen würde, wie könne man da glauben, daß die englische Diplomatie, der englische Generalstab, die englische Admiralität nicht die wahrscheinlichsten Wirkungen eines derartigen Planes im Auge gefaßt hätten? Das ganze europäische Gleichgewicht stehe auf dem Spiel. Die Bünde, die während des Krieges vorhanden waren, seien verschwunden. Die verbündeten Nationen, die auf dem Kontinent lebten, könnten nur noch auf ihre eigene Kraft und ihre eigene Politik zählen, wenn sie ihren Bestand, ihre Sicherheit sichern wollten.“ Die „Alberte“ schreibt über den englischen Plan: „England hält den Versailler Vertrag für null und nichtig, wie die Amerikaner, die ihn nicht unterzeichnet haben. Die Gleichgültigkeit der englischen und der amerikanischen Auffassung findet sich hier wieder. England ist gewissermaßen zum Amerikanismus zurückgekehrt. Was wird dann aus der Formel der französischen Politik: Durchführung des Versailler Vertrages mit Hilfe der Verbündeten? Die Verbündeten sind sich längst nicht mehr darüber einig, daß der Versailler Vertrag durchgeführt werden soll. Heute verleugnet ihn England. Wenn Frankreich ihn durchführen will, muß es in erster Linie auf sich selbst zählen. So liegen die Dinge. Wenn Frankreich nachgeben wird, würde Deutschland mit Recht sagen: Der Versailler Vertrag besteht nicht mehr.“ (Man wird

in Deutschland gut tun, nach allen gemachten Erfahrungen sich nicht zu großen Hoffnungen wegen eines Bruchs der Entente hingucken; England sei bekanntlich im letzten Augenblick immer um. Schicks.)

Unannehmliche Pfänderverforderungen Poincares.

Paris, 3. Jan. Die von Poincare als Sicherheit für die Gewährung eines Moratoriums an Deutschland geforderten Pfänder übersteigen an Massivität alles bisher Dagewesene. In dem Programm Poincares heißt es weiter: Eine ausgedehnte Mobiliarisierung der deutschen Schuld könnte solange nicht erzielt werden, solange nicht die deutschen Finanzen in Ordnung gebracht seien, und zwar unter Kontrolle. Wenn die deutsche Regierung sich nicht unmittelbar der Aufforderungen der mit der Kontrolle beauftragten Organisationen füge, dann werde diese Verletzung im Sinne der Paragraphen 17 und 18 des Anhanges 2 Abschnitt 8 des Friedensvertrages von Versailles angesehen und die vorgezeichneten Sanktionen sofort und automatisch in Kraft treten.

Pfänder und Moratorium.

Die französische Regierung sei der Ansicht, daß Deutschland in der Lage wäre, im Vernehmen mit den Großindustriellen 1923 eine ausreichende Anstrengung zu machen, um das Zahlungsstatut auszuführen und daß auf alle Fälle das von Deutschland verlangte Moratorium nur unter der Bedingung annehmbar sei, daß es sich nicht auf sämtliche Zahlungen erstreckt, die Deutschland schuldig sei und daß ihm als Gegenwert die Beschlagnahme von Pfändern gegenüberstehe.

Ausdehnung und Dauer des Moratoriums.

Die französische Regierung sei nicht bereit, ein längeres Moratorium als für 2 Jahre ins Auge zu fassen. Sie sei sogar der Ansicht, daß diese Frist nur dann bewilligt und aufrecht erhalten werden könne, wenn Deutschland im Einvernehmen mit der Reparationskommission eine unerlässliche Anstrengung mache, seine Finanzen zu reorganisieren und wenn es die notwendigen Dispositionen für Anleihen ergreife, die zum Teil dazu bestimmt sind, den Ausgleich seines Budgets und die Stabilisierung der Mark zu erleichtern und der Rest, um schon im Laufe des Moratoriums mit der Tilgung seiner Kapitalschuld zu beginnen. Was die Ausdehnung des Moratoriums anlangt, so halte die französische Regierung es für angebracht, daß weiter beachtet würde: 1. die Befahrungskosten, wie sie durch das Abkommen vom 11. März 1922 festgesetzt worden seien, 2. die Ausgaben für die Internationalisierte Kommission in den Rheinländern, 3. die Ausgaben für die Militär- und Marinekontrollkommissionen, 4. die Verlusten unter den nachgenannten Bedingungen, 5. weiter zu leisten wären auch die Sachlieferungen unter dem im Vertrag und in den geltenden Abmachungen vorgesehene Bedingungen, 6. daneben hätte Deutschland die anderen Verpflichtungen, Ausgleichszahlungen, Restituten usw. zu erfüllen, die die Verträge und Abmachungen Deutschland auferlegen, und zwar unter den Bedingungen, die sie ausdrücklich bezeichnen.

Durchführung der nachfolgenden Pfänder.

Die Pfänder werden genommen, um die Ausführung der Moratoriumsbedingungen sicherzustellen, ferner um den alliierten Mächten die Fortsetzung und Ausdehnung der Zahlungen bei Ablauf des Moratoriums zu sichern, wenn Deutschland in diesem Augenblick nicht die notwendigen Maßnahmen ergriffen habe, um normal seine Schulden zu begleichen. Wenn während der Zeit des Moratoriums Deutschland gemüßigt umfangreiche Anleihen abgeschlossen habe, die zur Amortisierung des Kapitals der deutschen Schuld zur Verfügung der Reparationskommission gestellt werden, könne ins Auge gefaßt werden, der deutschen Regierung die Erträge der Pfänder zur Verfügung zu lassen, sei es einen Teil der Sachlieferungen, sei es ihren Gegenwert vom Ertrage der Anleihen. Das von der französischen Regierung ausgearbeitete Programm verjage so gut wie möglich, jede militärische Befehung zu vermeiden, ausgenommen den Fall, daß Deutschland sich nicht strikt an alle Verpflichtungen halte, die das Programm ihm auferlege, in welchem Falle auch die Sanktionen automatisch in Kraft treten, die im nachfolgenden Kapitel vorgezeichnet sind. In dieser Hinsicht übernehmen die Alliierten gegeneinander eine absolute Verpflichtung, sei es, um die Sanktionen gemeinsam anzuwenden, sei es, keinerlei Einwendung zu erheben, wenn einer von ihnen allein sie zur Anwendung bringt. Besondere Erklärungen werden geliefert werden in folgendem Programm, über das ein Resumé gegeben wird:
Pfänder, um die Sachlieferungen sicherzustellen.
a) Kohle. Eine internationale Kontrollkommission, bestehend aus Ingenieuren, deren Vorsitz ein Franzose ist und in der sich die Stimmen im Verhältnis zu den Kohlenlieferungen verteilen, die den alliierten Mächten zustehen, wird nach Essen geschickt und mit dem Leitend der deutschen Regierung mit den notwendigen Vollmachten versehen, um die Tätigkeit des Kohlenfunditals zu überwachen, und um durch Befehle, die der Präsident erteilt, sei es dem Kohlenfundit oder dem deutschen Transportdienst, die frische Anwendung des von der Reparationskommission festgesetzten Programms sicherzustellen. Die Rheinlandskommission soll die Befugnis erlangen, Ordonnancen im Ruhrgebiet zu erlassen, um die Ausführung der von der einzulegenden Kommission erlassenen Bestimmungen sicherzustellen.
b) Es wird Deutschland notifiziert, daß die alliierten Regierungen sich das Recht vorbehalten, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um zu ihrem Nutzen in den Staats- und Kommunalwäldern des besetzten Gebietes Zusatzholzungsmittel durchzuführen zu lassen. Auch nach dieser Richtung soll die Rheinlandskommission Befehle zur Holzausbeutung erteilen.
c) Im Falle die von Deutschland verlangten Sachlieferungen — Wiederaufbaumaterial, Stickstoff usw. — nicht in den vorgeschriebenen Fristen erfolgen können, können in der Höhe der unbefriedigten Lieferungen Requisitionen erfolgen, und zwar unter Befehl und Kontrolle der Rheinlandskommission. Diese Requisitionen können sowohl in den militärisch besetzten Gebieten als auch im Ruhrgebiet stattfinden.
Pfänder zur Sicherstellung der Geldzahlungen und Sachlieferungen.
1. Abgabe ausländischer Devisen von der deutschen Ausfuhr aus dem zurzeit besetzten Gebiet und aus dem Ruhrgebiet. Diese Abgaben hätten den Alliierten die Möglichkeit zu gewährleisten, einerseits nennenswerte Summen in bar zu erlangen und andererseits mit einer Sicherheit, die das Garantiekomitee bis heute nicht zu erzielen imstande gewesen sei,

Versäumte Abonnements auf den „Euztärer“

Können bei allen Postanstalten, Postboten und Agenturen, in der Stadt beim Verlag und den Austrägerinnen nachgeholt werden.

Erschienenen Nummern werden nachgeliefert.

Jede Postanstalt, jeder Briefträger und Postbote sind zur Annahme von Monatsbestellungen verpflichtet.

Paris, 3. Jan.

Paris, 3. Jan. Die Pariser Morgenblätter spiegeln die allgemeine Enttäuschung wieder, die der gestern von Bonar Law übermittelte Reparationsplan hervorgerufen hat. Der „Petit Parisien“ sagt: Unter dem Vorwand, alles erreichen zu wollen, habe sich England den Anschein gegeben, die Decke an sich zu ziehen. Von der Diskussion der schwierigen Frage der neuen deutschen Reparationen müßte die viel eiligeren Frage der wirtschaftlichen Pfandnahme abgetrennt und die der Maßnahmen diskutiert werden, der Maßnahmen die ergriffen werden sollen, um eine finanzielle Ordnung in Deutschland herzustellen. Nach dieser Richtung sei es die Ansicht der Mehrheit der Alliierten, daß die von Poincare formulierten Vorschläge der Konferenz den Ausgangspunkt lieferten, den sie suche. — Der „Matin“ spricht von einem Widerspruch, der sich gestern zwischen der französischen und der englischen Reparationspolitik gezeigt habe. Das Blatt stellt die Frage, ob das zur Folge habe, daß die Wege Frankreichs und Englands sich nun in allen anderen Angelegenheiten von einander trennen würden. — „Das Journal Industrielle“ fragt: Werden wir uns bläseln lassen? Die Debatte über die Grundlagen der englischen Projekte ist ausgeschlossen. Bedeutet dies, daß man an einen Abbruch der Konferenz und vielleicht an eine Krisis der Entente denken muß? Das heißt ein wenig zu heftig vorgegangen. Es sind auch noch die Italiener und Belgier da, die nicht weniger Gründe haben als wir, sich nicht von den englischen Plänen erdrücken zu lassen.

Paris, 3. Jan.

Paris, 3. Jan. Die französische Delegation hat gestern den alliierten Delegationen ein sehr langes Dokument überreicht, in dem sie sich über die deutschen Verhaftungen bei den Sachlieferungen ausspricht. Es werden hauptsächlich besprochen die Holzlieferungen und die Lieferung von Kohlen und Plastersteinen. Außerdem beschäftigt sich ein besonderes Kapitel mit der Lieferung von Stickstoffdüngemitteln.

Paris, 3. Jan.

Paris, 3. Jan. Es verlautet, daß sich die Konferenz einstimmig dahin entschieden hat, einen mündlichen Vortrag des deutschen Staatssekretärs Bergmann nicht zuzulassen. Es wurde jedoch der Bereitwilligkeit Ausdruck gegeben, schriftliche Vorschläge von der Reichsregierung einer sorgfältigen Prüfung zu unterziehen.
London, 3. Jan. Die „Daily Mail“ meldet aus Paris, die britische Delegation sei gestern abend offiziell darauf aufmerksam gemacht worden, daß Poincare nicht in der Lage sei, den englischen Plan auch nur als Grundlage zur Erörterung anzunehmen. Die Lage sei ernst und verzweifelt. Auf der Zusammenkunft der Delegation würde erzwungen, ob der französische Plan durch Änderungen für die britische Regierung annehmbar gemacht werden könnte.
London, 3. Jan. Wie dem Reuturbureau aus Paris gemeldet wird, hat das französische Kabinett den britischen Vorschlag endgültig verworfen.
Konstantinopel, 3. Jan. In femalistischen Kreisen erklärt man, daß man sich auf einen Abbruch der Lausanner Konferenz gefaßt machen müsse. Man betont, daß sich die Türkei auf keine neue Konferenz einlassen würde, da die türkische öffentliche Meinung empört sei über die jetzige Verschleppung der Verhandlungen in Lausanne. Der von Hassan Bey, der sich von Lausanne nach Angora begeben hat, Mustapha Kemal erstattete Bericht wird als nicht vielversprechend angesehen. Die maßgebenden Kreise Angoras seien pessimistischer als je zuvor.

Die Pariser Abendpresse über das Ende der Entente.

Paris, 3. Jan. Der „Temps“ schreibt in seinem heutigen Beiratsartikel in Bekräftigung des englischen Reparationsplanes, jetzt jede man klar. Das ganze politische Leben werde weit in eine ferne Zukunft hinein von den drei gestern der Pariser Konferenz vorgelegten Entwürfen beleuchtet. Das Blatt gibt eine ausführliche kritische Analyse des englischen Entwurfs und sagt, die englische Reparationspolitik habe den Kabinettswechsel heiß überhanden. Wie könne man annehmen, daß sie sich auf ein einzelnes ministerielles Departement, das Schachamt, beschränke? Wenn die englische Regierung ein Projekt einbringe, das in vier Jahren ein ruinertes Frankreich und ein wieder-aufgerichtetes Deutschland gegenüberstellen würde, wie könne man da glauben, daß die englische Diplomatie, der englische Generalstab, die englische Admiralität nicht die wahrscheinlichsten Wirkungen eines derartigen Planes im Auge gefaßt hätten? Das ganze europäische Gleichgewicht stehe auf dem Spiel. Die Bünde, die während des Krieges vorhanden waren, seien verschwunden. Die verbündeten Nationen, die auf dem Kontinent lebten, könnten nur noch auf ihre eigene Kraft und ihre eigene Politik zählen, wenn sie ihren Bestand, ihre Sicherheit sichern wollten.“ Die „Alberte“ schreibt über den englischen Plan: „England hält den Versailler Vertrag für null und nichtig, wie die Amerikaner, die ihn nicht unterzeichnet haben. Die Gleichgültigkeit der englischen und der amerikanischen Auffassung findet sich hier wieder. England ist gewissermaßen zum Amerikanismus zurückgekehrt. Was wird dann aus der Formel der französischen Politik: Durchführung des Versailler Vertrages mit Hilfe der Verbündeten? Die Verbündeten sind sich längst nicht mehr darüber einig, daß der Versailler Vertrag durchgeführt werden soll. Heute verleugnet ihn England. Wenn Frankreich ihn durchführen will, muß es in erster Linie auf sich selbst zählen. So liegen die Dinge. Wenn Frankreich nachgeben wird, würde Deutschland mit Recht sagen: Der Versailler Vertrag besteht nicht mehr.“ (Man wird

in Deutschland gut tun, nach allen gemachten Erfahrungen sich nicht zu großen Hoffnungen wegen eines Bruchs der Entente hingucken; England sei bekanntlich im letzten Augenblick immer um. Schicks.)

Unannehmliche Pfänderverforderungen Poincares.

Paris, 3. Jan. Die von Poincare als Sicherheit für die Gewährung eines Moratoriums an Deutschland geforderten Pfänder übersteigen an Massivität alles bisher Dagewesene. In dem Programm Poincares heißt es weiter: Eine ausgedehnte Mobiliarisierung der deutschen Schuld könnte solange nicht erzielt werden, solange nicht die deutschen Finanzen in Ordnung gebracht seien, und zwar unter Kontrolle. Wenn die deutsche Regierung sich nicht unmittelbar der Aufforderungen der mit der Kontrolle beauftragten Organisationen füge, dann werde diese Verletzung im Sinne der Paragraphen 17 und 18 des Anhanges 2 Abschnitt 8 des Friedensvertrages von Versailles angesehen und die vorgezeichneten Sanktionen sofort und automatisch in Kraft treten.

Pfänder und Moratorium.

Die französische Regierung sei der Ansicht, daß Deutschland in der Lage wäre, im Vernehmen mit den Großindustriellen 1923 eine ausreichende Anstrengung zu machen, um das Zahlungsstatut auszuführen und daß auf alle Fälle das von Deutschland verlangte Moratorium nur unter der Bedingung annehmbar sei, daß es sich nicht auf sämtliche Zahlungen erstreckt, die Deutschland schuldig sei und daß ihm als Gegenwert die Beschlagnahme von Pfändern gegenüberstehe.

Ausdehnung und Dauer des Moratoriums.

Die französische Regierung sei nicht bereit, ein längeres Moratorium als für 2 Jahre ins Auge zu fassen. Sie sei sogar der Ansicht, daß diese Frist nur dann bewilligt und aufrecht erhalten werden könne, wenn Deutschland im Einvernehmen mit der Reparationskommission eine unerlässliche Anstrengung mache, seine Finanzen zu reorganisieren und wenn es die notwendigen Dispositionen für Anleihen ergreife, die zum Teil dazu bestimmt sind, den Ausgleich seines Budgets und die Stabilisierung der Mark zu erleichtern und der Rest, um schon im Laufe des Moratoriums mit der Tilgung seiner Kapitalschuld zu beginnen. Was die Ausdehnung des Moratoriums anlangt, so halte die französische Regierung es für angebracht, daß weiter beachtet würde: 1. die Befahrungskosten, wie sie durch das Abkommen vom 11. März 1922 festgesetzt worden seien, 2. die Ausgaben für die Internationalisierte Kommission in den Rheinländern, 3. die Ausgaben für die Militär- und Marinekontrollkommissionen, 4. die Verlusten unter den nachgenannten Bedingungen, 5. weiter zu leisten wären auch die Sachlieferungen unter dem im Vertrag und in den geltenden Abmachungen vorgesehene Bedingungen, 6. daneben hätte Deutschland die anderen Verpflichtungen, Ausgleichszahlungen, Restituten usw. zu erfüllen, die die Verträge und Abmachungen Deutschland auferlegen, und zwar unter den Bedingungen, die sie ausdrücklich bezeichnen.

Durchführung der nachfolgenden Pfänder.

Die Pfänder werden genommen, um die Ausführung der Moratoriumsbedingungen sicherzustellen, ferner um den alliierten Mächten die Fortsetzung und Ausdehnung der Zahlungen bei Ablauf des Moratoriums zu sichern, wenn Deutschland in diesem Augenblick nicht die notwendigen Maßnahmen ergriffen habe, um normal seine Schulden zu begleichen. Wenn während der Zeit des Moratoriums Deutschland gemüßigt umfangreiche Anleihen abgeschlossen habe, die zur Amortisierung des Kapitals der deutschen Schuld zur Verfügung der Reparationskommission gestellt werden, könne ins Auge gefaßt werden, der deutschen Regierung die Erträge der Pfänder zur Verfügung zu lassen, sei es einen Teil der Sachlieferungen, sei es ihren Gegenwert vom Ertrage der Anleihen. Das von der französischen Regierung ausgearbeitete Programm verjage so gut wie möglich, jede militärische Befehung zu vermeiden, ausgenommen den Fall, daß Deutschland sich nicht strikt an alle Verpflichtungen halte, die das Programm ihm auferlege, in welchem Falle auch die Sanktionen automatisch in Kraft treten, die im nachfolgenden Kapitel vorgezeichnet sind. In dieser Hinsicht übernehmen die Alliierten gegeneinander eine absolute Verpflichtung, sei es, um die Sanktionen gemeinsam anzuwenden, sei es, keinerlei Einwendung zu erheben, wenn einer von ihnen allein sie zur Anwendung bringt. Besondere Erklärungen werden geliefert werden in folgendem Programm, über das ein Resumé gegeben wird:
Pfänder, um die Sachlieferungen sicherzustellen.
a) Kohle. Eine internationale Kontrollkommission, bestehend aus Ingenieuren, deren Vorsitz ein Franzose ist und in der sich die Stimmen im Verhältnis zu den Kohlenlieferungen verteilen, die den alliierten Mächten zustehen, wird nach Essen geschickt und mit dem Leitend der deutschen Regierung mit den notwendigen Vollmachten versehen, um die Tätigkeit des Kohlenfunditals zu überwachen, und um durch Befehle, die der Präsident erteilt, sei es dem Kohlenfundit oder dem deutschen Transportdienst, die frische Anwendung des von der Reparationskommission festgesetzten Programms sicherzustellen. Die Rheinlandskommission soll die Befugnis erlangen, Ordonnancen im Ruhrgebiet zu erlassen, um die Ausführung der von der einzulegenden Kommission erlassenen Bestimmungen sicherzustellen.
b) Es wird Deutschland notifiziert, daß die alliierten Regierungen sich das Recht vorbehalten, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um zu ihrem Nutzen in den Staats- und Kommunalwäldern des besetzten Gebietes Zusatzholzungsmittel durchzuführen zu lassen. Auch nach dieser Richtung soll die Rheinlandskommission Befehle zur Holzausbeutung erteilen.
c) Im Falle die von Deutschland verlangten Sachlieferungen — Wiederaufbaumaterial, Stickstoff usw. — nicht in den vorgeschriebenen Fristen erfolgen können, können in der Höhe der unbefriedigten Lieferungen Requisitionen erfolgen, und zwar unter Befehl und Kontrolle der Rheinlandskommission. Diese Requisitionen können sowohl in den militärisch besetzten Gebieten als auch im Ruhrgebiet stattfinden.
Pfänder zur Sicherstellung der Geldzahlungen und Sachlieferungen.
1. Abgabe ausländischer Devisen von der deutschen Ausfuhr aus dem zurzeit besetzten Gebiet und aus dem Ruhrgebiet. Diese Abgaben hätten den Alliierten die Möglichkeit zu gewährleisten, einerseits nennenswerte Summen in bar zu erlangen und andererseits mit einer Sicherheit, die das Garantiekomitee bis heute nicht zu erzielen imstande gewesen sei,

eine Kontrolle darüber zu führen, unter welchen Umständen die Ausfuhrbewilligungen gewährt werden, besonders aber, ob die Exporteur die vorgeschriebenen Zahlungen richtig ausführen. Die Durchführung soll durch ein Komitee sowohl für das linke Rheinufer, als auch für das Ruhrgebiet erfolgen, oder durch die Schaffung eines analogen Komitees in Essen ebenfalls auf Grund einer Verordnung der rheinischen Oberkommission, unter deren Autorität auch die Lizenzen erteilt werden und die auch den Prozentsatz der zu leistenden ausländischen Devisen festsetzen. Das Gesamtergebnis dieser Aufgabe wird auf ungefähr vier Millionen Goldmark im Jahre beziffert.

2. Die Beschlagnahme der Zolleinnahmen des augenblicklich besetzten Gebiets und der Hauptzollämter im Ruhrgebiet. Angesichts des von verschiedenen Ministern bekundeten Widerstandes gegen die Wiederherstellung des im März 1921 eingerichteten Wirtschaftskomitees wäre die französische Regierung im Falle einer gemeinsamen Beschlagnahme von Zöllen geneigt, folgendes Verfahren einzuschlagen: Die internationalisierte Oberkommission in den Rheinlanden erhält den Auftrag, die Regelung der Zölle an der Westgrenze des besetzten Gebiets und in den Zollbezirken des besetzten Gebiets und des Ruhrgebiets anzuordnen. Sie wäre befugt, den in Devisen zahlbaren Anteil an den Ausfuhrabgaben festzusetzen. Der Rest wäre an die Kommission in Barmen abzuführen. Der französische Plan schätzt die Einnahme aus diesem Verfahren auf 200 Millionen Goldmark, davon 150 im besetzten Gebiet.

3. Die Beschlagnahme der Holzlieferung im besetzten Ge-

biet und im Ruhrgebiet. Die Zahlung eines Teiles der Pfänder, beispielsweise etwa 30 v. H., soll von den Grundbesitzern in ausländischen Devisen verlangt werden. Für den Fall, daß diese Bedingung nicht erfüllt werde, beschließen sich die internationalisierten Mächte das Recht vor, eine entsprechende Quantität von Kohlen zu beschlagahmen. Das Ergebnis dieser Steuer wird auf 400 Millionen Goldmark geschätzt, von denen 120 Millionen in ausländischen Devisen zahlbar sind, der Rest in Papiermark, nach dem augenblicklichen Kurs 500 Milliarden. Die Einnahmen aus den Zöllen und der Kohlensteuer veranschlagt der französische Plan mit 180, bzw. 280 Millionen Goldmark, die in Papiermark eingehen. Der Gesamtbetrag der vorgeschlagenen Pfänder soll sich also genau auf eine Milliarde Goldmark belaufen. Man behält sich vor, im Falle, daß Deutschland auch weiterhin verweigere, alle Einnahmemaßeßen, namentlich aber die Kohlensteuer und die Abgabe der ausländischen Devisen, zu erhöhen. Es wird betont, daß die Pfänder den Vorteil hätten, einen energischen Druck auf die Großindustriellen auszuüben, die bis jetzt das Haupthindernis für die Ausführung des Friedensvertrags gebildet hätten.

Sanctions.

Wenn die deutsche Regierung das vorstehende Programm nicht ausführt, und namentlich nicht alle gesetzgeberischen und Verwaltungsmaßnahmen trifft, die die Reparationskommission oder die Rheinlandkommission oder die internationalisierte Ingenieurkommission für notwendig erachtet, würden sofort und automatisch die folgenden Sanctions in Kraft treten: 1. Militärische Besetzung der Bezirke von Essen und Bochum und

des von Marshall Foch näher bestimmten Teiles des Ruhrgebietes. 2. Errichtung einer Zolllinie östlich des besetzten Gebietes. Es bleibt die von der französischen Regierung mehrmals gemachte Feststellung aufrecht erhalten, daß jede Nichterfüllung des Versailler Vertrags einen Rückgang der Rüchmungsgrenze für das besetzte Gebiet in der Vergangenheit zur Folge gehabt habe und in Zukunft haben werde.

Ein Ultimatum Poincarés an England.

Paris, 3. Jan. Am Schluß des heute vormittag abgehaltenen Ministerrates hat Poincaré den Journalisten auf Befragen erklärt: Der englische Entwurf ist unannehmbar, nicht nur was uns anlangt, sondern auch für die Belgier und Italiener. Er übersteigt die belgische Priorität und nimmt den Italienern, wie übrigens auch uns selbst das in England als Bürgschaft für die englischen Vorkäufe während des Krieges deponierte Gold.

Was wird heute vorgehen? Zu Beginn der Nachmittags-Sitzung werde ich erklären, daß ich keinerlei Diskussion auf der Grundlage des englischen Entwurfs zulassen kann, aus den Gründen, die in dem Communiqué über den heutigen Ministerrat angeführt sind. Außerdem werde ich mich weigern, den französischen Plan durch eine Debatte über die Einzelheiten gefährden zu lassen. Es gibt nur zwei Ziele: Entweder, es wird für das französische Projekt gestimmt, wie es ist, weil es ein absolutes Minimum darstellt — die französische Regierung hat sich bemüht, alle erdenklichen Anstrengungen zu machen, um alles zu vermeiden, was die Engländer ablehnen könnte — oder aber es wird die Uneinigkeit festgestellt.

Monatlich in Nr. 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

In Fällen von dickerem Wetter behält kein Aufbruch auf die Straße, aber auf der Straße des Besatzgebietes.

Behörden nehmen alle Vorkehrungen, in Neuburg außerdem die Aufhebung der Besatzzeit entgegen.

Strofont Nr. 24 bei der O.N.-Sportplatz Neuburg.

Politische

Das große Ereignis der Spannung erwartete Pariser Bräutigam Reparationsverhandlungen und ohne viel Umschweife die Probleme in Behandlung gerieten für Deutschland die Premierminister Lord Curzon, der englische Politiker und als sein Vorgänger Lloyd George, ohne Deutlichkeit auf das gleiche hinaus, England schon so lange gefühllos in Niedererklärungen. Insbesondere sollen nun Sachleistungen mit den Fortschritten der Arbeit wird abgelehnt und die Werten, falls Deutschland gesollte; schließlich soll die festgelegt werden, vorausgesetzt die französische Reparationsprognostik vorliegt und um redet, ohne ein solches in auch während dieses Monats wie bisher und außerdem unüberwindlichen militärischen, sowie einer Reihe weiten Poincaré hat nun die Werke haben wieder gezeigt, daß nur die englischen Absichten in Richtung, jedenfalls zunächst zwar auch gehört sein, aber in Belgien möchte eine Art Versteht wurde bis jetzt noch fraglich, ob Staatssekretär gelangt.

So sehen wir wieder das gen in London, Genoa, werden, immer wird die englischen kommen lassen will, den Kriegs- und Friedensplan unannehmbar erklärt, und selbst, sondern auch für die Hauptkampf geht darum, die Finanzkontrolle über die Pfänder geben soll und ob Freiheit für Deutschland zu land zu führen, weigert sich handlungen aktiv teilzunehmen und so ist denn zu befürchten durchführt. Die nächsten Entscheidungen bringen. Sie mögen sie tragen und dürfen nicht werden an unsere Reihen den drei das Staatswesen in die Industrie und die Landarbeiterchaft hängt es von ab.

Einscheiden geht die für weiter, wie sie im alten geschichte, die in der Geschichte, denn die Zufuhr zu den 35 000 bis 48 000, ja 89 000 gewicht bezahlt werden, das nächstgenau. Nicht wollen, daß der Viehhändler Ware mit den allgemeinen in Niedererklärungen zu und Händlergewinnes sollte auch gewährt werden, warum Märkte kommt. Auch die Einnahmen genommen werden. Von Vollmacht an Tiere und den eigenen Hausbedarf. Handel in Butter und Käse, die Verhinderung eines weltfernung und der sich daraus fundamentale der Bevölkerung und Greife. So in Anbauwirtschaft an, in den neuen Verfahren, in allen über den französischen Finanzkontrolle übergründet, uns ein bessere schlechte Regierung und ein auf Wasser und Vereicherung Rumple Silbergaben haben hat aufzuheben, immer tief Reinde und An Opfer seiner

Vordrucke für Schüler-Untersuchungen

Die Gemeindebehörden werden unter Hinweis auf § 16 der Volksschulverordnung zum Oberamtsarztgesetz vom 17. März 1913 (Reg. Bl. S. 82) beauftragt, den Bedarf an 1. Vordrucken der Gesundheitsbogen, 2. Schreiben für Einladung der Erziehungsberechtigten zur Teilnahme an den ärztlichen Untersuchungen und 3. Mitteilungen des Untersuchungsergebnisses an die Erziehungsberechtigten festzustellen und bis 1. Februar d. J. hierher anzuzeigen. Der noch vorhandene Vorrat an Vordrucken ist in Abzug zu bringen. Falls kein Bedarf besteht, ist Beslangzeige zu erstatten.

Neuenbürg, den 3. Januar 1923. Oberamt: Wagner.

Fasnachtslustbarkeiten.

Durch Min.-Bef. vom 27. Dezember 1922 (St. A. Nr. 305 1922) ist im Hinblick auf den Ernst der Zeit auch neuer jedes Fasnachtsstreiben auf öffentlichen Straßen und Plätzen, insbesondere jedes Tragen von Masken und Verkleidungen an diesen Orten, mit sofortiger Wirkung untersagt worden. Zuwiderhandlungen werden gemäß § 360 B. 11 und 365 B. 10 des RStGB bestraft.

Für Tanzunterhaltungen werden die höchstzulässigen Sporteln angefahrt werden. Etwaigen Anträgen auf Verlängerung der Polizeistunde wollen die Ortspolizeibehörden nur ganz ausnahmsweise stattgeben.

Neuenbürg, den 2. Januar 1923. Oberamt: Wagner.

Zinsen-Gutschrift.

Wir bitten unsere Kundschaft, die ordnungsmäßige Abwicklung unseres Geschäftsanfalls, der in den ersten Wochen des neuen Jahres besonders groß sein wird, damit zu unterstützen, daß sie die Zinsen aus Spareinlagen womöglich nicht im Januar, sondern zu einem späteren Zeitpunkt, etwa gelegentlich der nächsten Einlage oder Abhebung, gutschreiben läßt.

Barabhebungen von Zinsen (auch aus Mündelgeldern) sind während des ganzen Jahres möglich.

Oberamtsparkasse Neuenbürg. Neuenbürg.

Geschäftsräume der Oberamtsparkasse sind Freitag nachmittag geschlossen.

Oberamtsparkasse Neuenbürg. Bei der am 2. Januar d. J. vorgenommenen Wahl der Abgeordneten zur Amtsversammlung für die Kalenderjahre 1923/25 wurden gewählt:

- 1) Gemeinderat Pfister mit 16 Stimmen, als Abgeordnete
- 2) Stadtschultheiß Knodel mit 15 Stimmen, als Abgeordnete
- 3) Gemeinderat Blach mit 14 Stimmen, als Stellvertreter
- 4) Gemeinderat Hartmann mit 15 Stimmen, als Stellvertreter
- 5) Gemeinderat Rasser mit 15 Stimmen, als Stellvertreter
- 6) Gemeinderat Ferensch mit 14 Stimmen, als Stellvertreter

Einsprachen gegen die Wahl können von jedem Gemeinderatsmitglied, sowie von jedem, auf welchen eine Stimme abgegeben wurde, innerhalb einer Woche bei dem Ortsvorsteher oder dem Oberamt erhoben werden.

Stadtschultheiß Knodel.

Konsum- u. Sparverein Neuenbürg/Enz und Ung.

Wir eruchen unsere Mitglieder, ihre Mitgliedsbücher bis spätestens Montag, den 8. Januar in den Läden abzugeben. Die Verwaltung.

Heu zu kaufen gesucht.

Maschinenfabrik Wezel, Pforzheim-Brötzingen.

Herren-Kuzüge, Ulster, Schläfer, Feldgras Hosen, Raucherhosen, Westr. Sonntagshosen, Buglin-Hosen, Jwirk-Hosen, Engl. Lederhosen, Winterlederkittel, Windjaden, Arbeitsmäntel, Drick-Arbeitsanzüge, Blauc Arbeitsanzüge sowie sämtl. Sorten Schuhwaren offeriert Weintraub, Karlsruhe, Kronenstr. 52.

Feldrennach. Gefe

empfehl Carl Blach.

Mühlader. Suche für sofort oder 15. Januar ein tüchtiges, zuverlässiges Mädchen als Stütze. Hoher Lohn und gute Behandlung zugesichert. Schwager zum „Scharfen Ed“.

Birn-, Kirsch- u. Nughäume, Eichen-, Kirsch- und Brennholz jeder Art laßt ständig gegen Rasse Kuni, Holzhandlung, Pforzheim, Westliche 145, beim händischen Freibad, Telefon 2581. Bestellungen auf Stempel jeder Art nimmt entgegen E. Wech'sche Buchhandlung, Inh.: D. Strom.

Altmetalle

wie:

Altsilber	400 A per Kilo	Zeitungen (Bücher, Druck-Rampf) 60-70 A p. Kilo
Zinn	550 " " "	Altsilber 50 " "
Messing	750 " " "	Weinflaschen 50 " " d. Stück
Kupfer	1000 " " "	Bord.-Flasch. 60 " "
Zinn	2000 " " "	Sektflaschen 80 " "
Lumpen	60 " " "	

Gebrauchte Mehlsäcke, wie auch Felle werden angekauft bei Rosdzial, Pforzheim, Klostermühlgasse 6, Telefon 2681. Größere Quantitäten werden im Preise bevorzugt, evtl. auch abgeholt.

Kurzbericht der Firma Rheinische Creditbank, Niederlassung Herrenalb.

4. Januar 1923.

Devisen: Amst. Mittelkurse:	Industrie-Aktien:
Amerika 7500	Sapra 8850
Holland 1820.80	Rothb. Lloyd 8808
Samoa 1380	Deutsche Bank 8100
England 38750	Disconto-Com. Antelle 4175
Frankreich 856	Rhein. Creditbank-Akt. 1800
Reichsanleihe:	Wirt. Vereinsbank-Akt. 9050
3%, d. Reichsanleihe 80%	Pöbste Anilin-Akt. 10000
4%, " " " 625	Düsseler Harzerle-Akt. 7900
5%, " " " 820	Böckmer Bus-Akt. 22000
3%, " " " 150	Dr. Luzemb. Bergw.-Akt. 23100
4%, " " " 120	Sarpener Bergbau-Akt. 59200
4%, Wirt. Staatsanleihe 98	Benz.-Motoren-Akt. 5000
3%, " " " d. 1915 98	Daimler-Motoren-Akt. 4400
3%, " " " versch. 90-105	Pödelberg-Waschinenfabr.-Akt. 3700
3%, " " " 130	Heldberg-Cementw.-Akt. 7100
3%, " " " 100	Min.-Kornweller 10800
4%, Stuttg. Stadtanl. 100	Wescher Jungfer-Akt. 4795
3%, " " " d. 1877-80 77	Salzwerte Heilbronn Akt. 21000
3%, " " " d. 1904 70	Zandberg: unklarer, überwiegend schwächer.
4%, B. Gpp.-Vbbt. 104-112	
3%, " " " 98	

Wer verkaufen will, muß inserieren!

Neuenbürg, den 4. Januar 1923. Dankagung.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme, die wir bei dem Hinscheiden unserer lieben Entschlafenen erfahren durften, erlauben wir uns, auf diesem Wege unseren innigsten Dank auszusprechen. Insbesondere danken wir allen denen, die sie während ihrer langen Lebenszeit besuchten und erquickten, für die zahlreiche Zeichenbegleitung, den Altersgenossen für die Krankwaidnung, sowie den Trägern, ferner für den erhabenden Gesang der Schüler unter Leitung von Herrn Rektor Bollmer.

In tiefem Leid:
Familie Bellow-Zintbeiner.

Versuchen Sie Ihr Glück und Sie gewinnen bis zu 25 Millionen Mark

in der mit Ziehung der 1. Klasse am 9. und 10. Januar 1923 beginnenden Staatlichen Klassen-Lotterie.

Lospreis	1/8	1/4	1/2	1
für 1. Klasse	je 75.—	150.—	300.—	600.—
„ 2.-4. „	je 100.—	200.—	400.—	800.—
für alle Klassen	je 375.—	750.—	1500.—	3000.—

Zustellungsgebühr extra.

Gottwick, Württembergischer Lotterie-Einnehmer, Stuttgart, Königsbau, Postcheckkonto 810 Stuttgart.

Achtung! Ausschneiden! Achtung!

Dem gesamten Publikum zur Nachricht, daß unter heutigem die „Schwarzwälder Rohprodukten-Verwertung“ eröffnet wurde. Dieselbe ist stets Kassakäufer und zahlt die höchsten Preise für stillgelegte Werke, Maschinen, Alteisen, Zinn, Zink, Kupfer, Messing, Blei, Kabel, Metallrückstände, Papier, Flaschen etc.

Einzig konkurrenzlos dastehend!

Schwarzw. Rohprodukten-Verwertung, Unterreichenbach (N.A. Calw), Tel. Nr. 17.

Aufkäufer kommt sofort auf Wunsch!

Achtung! Ausschneiden! Achtung!

Praktische Wand-Kalender

für geschäftliche Zwecke mit Jahreskalendarium, sowie abreibbarem Wochen- und Tagesblock, Größe 32 x 41 cm, empfiehlt solange Vorrat

E. Wech'sche Buchhandlg., Neuenbürg (Inh.: D. Strom.)

